

Schweden

Tobias Etzold / Christian Opitz

In den vergangenen Monaten musste Schweden mit Entwicklungen umgehen, die zwar ursächlich außerhalb des Landes entstanden, aber teils mit großer Wucht auf die schwedische Politik und Gesellschaft trafen. In allererster Linie betrifft dies die große Anzahl an ankommenden Flüchtlingen, die das zunehmend überlastete Land letztlich zu einem drastischen Politikwechsel zwang. Hinzu kommen eine sich angesichts der angespannten Sicherheitslage wandelnde Verteidigungspolitik gegenüber Russland sowie der drohende Wegfall eines der wichtigsten europapolitischen Verbündeten infolge des EU-Austrittsreferendums in Großbritannien. Die Minderheitsregierung aus Sozialdemokratischer Arbeiterpartei (SAP) und Umweltpartei – Die Grünen (MP) unter Ministerpräsident Stefan Löfven muss sich diesen Herausforderungen stellen, ist dabei aber immer wieder auf eine mühsame Kompromissfindung mit der bürgerlichen Opposition angewiesen.

Flüchtlings- und Innenpolitik

Die Flüchtlingsfrage war das vorherrschende innen- und europapolitische Thema in Schweden seit dem Sommer 2015. Schweden war 2014¹ und 2015 das EU-Land mit der höchsten beziehungsweise zweithöchsten Zahl an Asylanträgen, gemessen an der Einwohnerzahl (16,9 Asylanträge pro 1000 Einwohner 2015 im Vergleich zu 5,9 in Deutschland,² insgesamt 163.000). Mit seiner großzügigen und humanitären Flüchtlingspolitik galt Schweden lange als wichtiger Verbündeter Deutschlands. Das Land plädierte ebenfalls für europäische Lösungen und verbindliche Verteilungsquoten. Seiner humanitären Flüchtlingspolitik und Aufnahmepraxis lag ein weitgehender Konsens aller etablierten linken wie konservativen Parteien zugrunde. Nur die rechtspopulistischen Schwedendemokraten widersetzten sich diesem Konsens und gewannen damit massiv an Popularität. Im Herbst 2015 wiesen sie in einigen Umfragen über 20 Prozent Zustimmung auf.

Mitte November 2015 aber hielt die rot-grüne Regierung dem Druck nicht mehr stand und gab öffentlich zu, dass das Land an die Grenzen seiner Aufnahmekapazitäten gekommen sei und eine „Atempause“ benötige.³ Je höher die Zahl der eingereisten Flüchtlinge anstieg, desto größer wurden die Schwierigkeiten der Behörden, diese adäquat unterzubringen. Aufgrund des ohnehin latenten Wohnraummangels in den Großstädten mussten viele in weit abgelegenen Gegenden untergebracht werden. Zudem waren schon seit längerem Schwierigkeiten bei der Flüchtlingsintegration offenkundig geworden. Die Asylverfahren ziehen sich oftmals über einen langen Zeitraum hin. Dies erschwert insbesondere die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

1 Anna Reimann: Fakten zu Asylbewerbern: Wohin die Flüchtlinge wollen – und wer sie nimmt, in: Spiegel Online, 28.4.2015.

2 Pro Asyl: Fakten, Zahlen und Argumente, abrufbar unter: <https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/> (letzter Zugriff: 11.8.2016).

3 Jens Gmeiner: Das Ende der Offenheit, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 21.12.2015.

Die Regierung beschloss daher die Einführung vorübergehender Grenzkontrollen an der Öresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden, die Anfang 2016 in Kraft traten, um die Kontrolle darüber, wer und wie viele ins Land kommen, wiederzuerlangen und für Stabilität und Ruhe zu sorgen. Kurz darauf folgte ein Gesetzespaket zur Verschärfung des Asylrechts, das am 21. Juni 2016 vom Parlament verabschiedet wurde. Dieses beinhaltet eine Beschränkung von Aufenthaltsgenehmigungen auf drei Jahre, die Erschwerung von Familienzusammenführungen sowie die Möglichkeit schnellere Abschiebungen durchzuführen. Innenminister Anders Ygeman kündigte die Abschiebung von 50 bis 60 Prozent aller 2015 eingereisten Asylbewerber, insgesamt bis zu 80.000 Personen, in den kommenden Jahren an.⁴ Übergangsweise passte die Regierung damit das schwedische Asylrecht an die Minimumstandards der Europäischen Union an, mit dem Ziel, dass mehr Menschen in anderen EU-Staaten einen Asylantrag stellen. Im Zuge insbesondere der Grenzkontrollen sank die Zahl der nach Schweden einreisenden Flüchtlinge rapide. Dies führte dazu, dass die lange alles beherrschende Flüchtlingsdebatte sowie der Höhenflug der Schwedendemokraten in Umfragen langsam abebbten.

Dies lässt wieder etwas mehr Raum für Debatten über andere Themen. Löfven thematisierte im Frühjahr 2016 das alte sozialdemokratische Thema des Schwedischen Modells, zu dessen wichtigsten Elementen ein umfassender steuerfinanzierter Wohlfahrtsstaat sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik gehören. Löfven plädierte eindringlich dafür, das schwedische Modell weiterzuentwickeln und anzupassen, anstatt es abzuwickeln.⁵ Angesichts einer positiven Wirtschaftslage und sinkender Arbeitslosigkeit konnte Löfven damit in der politischen Auseinandersetzung erstmals seit Langem wieder Akzente setzen und auch in der eigenen in der Flüchtlingsfrage gespaltenen Partei für etwas Ruhe sorgen.

In einer schwierigen Phase befindet sich derzeit insbesondere die grüne Umweltpartei als Junior koalitions partner. Der Schwenk in der Asylpolitik war insbesondere für sie problematisch, da sie sich damit von alten Überzeugungen lösen musste. Dies geschah auch in anderen politischen Fragen, wie zum Beispiel in der Umwelt- und Klimapolitik, als die Grünen dem Verkauf der deutschen Kohlesparte des Staatskonzerns Vattenfall an ein tschechisches Konsortium zustimmen mussten, anstatt den Kohleabbau abzuwickeln. Umstrittene Äußerungen zum Islam, die den Verdacht einer Nähe zu islamistischen Kräften nährte, führten zudem zum Rücktritt eines Ministers. Ministerpräsident Löfven musste daraufhin sein Kabinett umbilden, dem die auch innerparteilich umstrittene bisherige grüne Vizeregierungschefin und Umweltministerin Asa Romsson nicht mehr angehört.

Reaktionen auf das Brexit-Referendum

Die schwedische Politik reagierte mehrheitlich mit großem Bedauern auf den Ausgang des EU-Referendums in Großbritannien. Premierminister Löfven bedauerte zwar das Ergebnis, unterstrich aber gleichzeitig, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den restlichen 27 EU-Staaten sei, insbesondere in zentralen Bereichen wie Wirtschaftswachstum, Sicherheit und Klimapolitik.⁶ Die bürgerlichen Oppositionsparteien beklagten außerdem, dass Schweden mit Großbritannien einen traditionellen Verbündeten im Kampf für eine liberale

4 David Crouch: Sweden sends sharp signal with plan to expel up to 80.000 asylum seekers, in: The Guardian, 1.2.2016.

5 Jens Gmeiner: Entdecke die Möglichkeiten, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 25.4.2016.

6 Sverige Radio: Swedish PM: We will stay close to UK, 24.6.2016.

Wirtschaftspolitik verliere. Aus diesem Grund sprachen sie sich auch dafür aus, dass Schweden eine führende Rolle in den anstehenden Austrittsverhandlungen einnehmen solle, um Großbritannien möglichst eng an der Europäischen Union zu halten.

Begrüßt wurde das Referendumsergebnis hingegen bei der Linkspartei und den Schwedendemokraten.⁷ Die Linkspartei plädiert dafür, die schwedische EU-Mitgliedschaft neu zu verhandeln. Ihr Ziel sind schwedische Vorbehalte (Opt-Outs) in Bereichen wie Arbeitnehmerrechte und Umwelt, wo sie die Europäische Union als zu rückständig kritisieren. Die Schwedendemokraten wollen hingegen die Europäische Union komplett abschaffen, um nationalstaatliche Souveränität wiederzuerlangen. Sie fordern daher auch ein Referendum in Schweden, was von Premierminister Löfven bereits zurückgewiesen wurde. Er bezeichnete derartige Rufe als ‚unverantwortlich‘ in Zeiten, in denen Schweden und die Europäische Union Stabilität benötigen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Infolge der Ukrainekrise und den ernststen Spannungen zwischen Europa und Russland, herrscht in der schwedischen Politik Konsens, dass sich die Sicherheitslage speziell in der Ostsee-Region erheblich verschlechtert hat. Die Rückkehr zu einem sicherheitspolitischen ‚business as usual‘ erscheint allen politischen Parteien weder möglich noch wünschenswert. Aber sie streiten heftig darüber, wie das Land auf die negative Entwicklung in der unmittelbaren Nachbarschaft reagieren soll. Die schwedische Sicherheitspolitik befindet sich daher nach wie vor in einem langfristigen Umbruch, ohne dass dessen genaue Richtung derzeit klar ist.

Die Frage der NATO-Mitgliedschaft ist zweifellos das größte sicherheitspolitische Streitthema.⁸ Die bürgerlichen Oppositionsparteien setzen sich mittlerweile stark für einen Beitritt ein. Nur dieser Schritt, argumentieren sie, garantiere eine wirksame Verteidigung des Landes vor der russischen Bedrohung. Gegenwärtig würde Schweden de facto von Russland als Teil des Verteidigungsbündnisses gesehen, ohne aber im Notfall durch dessen Beistandsverpflichtung geschützt zu sein. Die Regierungsparteien wiegeln jedoch vehement ab und verweisen ihrerseits auf die erheblichen Risiken, die ein Beitrittsgesuch auf die schwedisch-russischen Beziehungen haben könnte. In der Tat reagiert Moskau äußerst sensibel auf derartige Andeutungen. So sprach der russische Außenminister Sergei Lawrow von „notwendigen militärisch-technischen Aktionen“, die in diesem Fall ergriffen werden müssten.⁹

Die grundsätzlichen Einwände gegenüber einer Vollmitgliedschaft hält die schwedische Regierung aber nicht davon ab, die ohnehin bereits engen Verbindungen zur NATO weiter zu vertiefen. Ende Mai 2016 lancierte sie im Parlament die Ratifizierung der sogenannten ‚Host Nation Support‘-Vereinbarung.¹⁰ Sie erlaubt der NATO Militärgerät und Personal über beziehungsweise durch schwedisches Territorium zu transportieren – allerdings nur auf der einzelfallspezifischen Einladung Schwedens. Dadurch können militärische Übungen der NATO im Ostseeraum weitaus schneller durchgeführt werden, was auch eine Antwort auf ähnliche unangekündigte Aktionen Russlands ist. Bis auf die Linkspartei und

7 Sverige Radio: Swedish politicians welcome “Brexit” vote, 27.6.2016.

8 Tobias Etzold/Christian Opitz: Zwischen Allianzfreiheit und Einbindung: Finnland und Schweden auf der Suche nach einer neuen Sicherheitsstrategie, in: Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell 33/2015.

9 Michael Winiarski: Sergej Lavrov: “Om Sverige går med i Nato måste vi vidta nödvändiga åtgärder”, in: Dagens Nyheter, 29.4.2016.

10 Charles Duxbury: Sweden Ratifies NATO Cooperation Agreement, in: The Wall Street Journal, 25.5.2016.

den Schwedendemokraten stimmten die Oppositionsparteien zwar für die Vereinbarung, sehen diese aber ohne eine Vollmitgliedschaft als ungenügend an. Verteidigungsminister Peter Hultqvist wiederum sieht die Abmachung nur als kleinen Teil einer größeren Agenda, die Beziehungen mit sicherheitspolitischen Partnern zu vertiefen. In diesem Zusammenhang schloss er auch ein bilaterales Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit mit Dänemark im Januar 2016.¹¹ Es soll den Austausch von militärischen Informationen und Lagebildern verstärken sowie die gegenseitige Nutzung von See- und Flughäfen in Friedenszeiten ermöglichen.

Ausblick

Die innen- wie außenpolitischen Herausforderungen, vor denen die rot-grüne Regierung seit Beginn ihrer Amtszeit 2014 steht, sind nicht kleiner geworden. Die Flüchtlingskrise und der harte Schwenk in der Asyl- und Flüchtlingspolitik bedeuteten für die Regierung und insbesondere für die grüne Umweltpartei, die sich gezwungen sah, diametral zu den eigenen Überzeugungen zu handeln, eine Zerreißprobe. Schweden befindet sich in einem Dilemma zwischen dem Anspruch, eine humanitäre Großmacht zu sein, und begrenzten Kapazitäten sowie einer ambivalenten Stimmung im Land. Dieses Dilemma wird so schnell nicht aufzulösen sein. Auch die zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik polarisiert, da sich die Regierung anders als die Opposition einem NATO-Beitritt (noch) verweigert. In der näheren Zukunft wird die Großzahl problematischer Themen, die umstrittene politische Grundsatzentscheidungen erfordern, jedenfalls nicht geringer werden. Die Minderheitsregierung wird sich nach wie vor mit dem Risiko eines vorzeitigen Auseinanderbrechens konfrontiert sehen.

Weiterführende Literatur:

Ivar Ekman: Open and Shut: Sweden's Identity Crisis, in: *Word Politics Review*, 15.10.2015.

Jens Gmeiner: Das Ende der Offenheit – Schwedens „Atempause“ in der Asyl- und Migrationspolitik, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 21.12.2015.

11 Memorandum of Understanding between the Government of the Kingdom of Sweden and the Ministry of Defence of the Kingdom of Denmark on the Enhanced Defence Cooperation within the Air and Maritime Domain, 14 January 2016.